

# VORWORT

Wien wächst seit der Jahrtausendwende stark und übertrifft Jahr für Jahr die eigenen Prognosen – schon bald zählt Wien mehr als 2 Millionen EinwohnerInnen. Die wachsende Stadt ist mit vielen Herausforderungen in sämtlichen kommunalpolitischen Aufgabenbereichen konfrontiert.

Die Bezirke wurden ab den 1970er Jahren in einer Phase der stagnierenden Stadtentwicklung durch die Dezentralisierung gestärkt. Vor dem Hintergrund der nun völlig veränderten Situation, nämlich einer sehr dynamischen Stadtentwicklung, stellt sich die Frage, was das wachsende Wien, die Gesamtstadt und ihre Bezirke an Strukturen, Kompetenzen oder auch Budgets brauchen, um die Aufgaben zukunftsgerichtet und sozial erfüllen zu können.

Das starke Bevölkerungswachstum führt zu Verschiebungen der Struktur, die für die Aufgabenerfüllung hinderlich sind. Nur ein Beispiel ist etwa die politische Repräsentanz. So kommen zB in der Inneren Stadt auf eine/n Bezirksrat/rätin etwas mehr als 400 EinwohnerInnen, in Favoriten exemplarisch als einer der stark wachsenden Außenbezirke sind es über 3.000. Diese ungleiche politische Repräsentanz überlagert sich mit unterschiedlicher Sozialstruktur der Bezirke. Die soziale Dimension wiederum kommt bei den Bezirksaufgaben und -budgets zu kurz. Zudem betrifft Bezirksentwicklung nicht nur die Wohnbevölkerung sondern insbesondere auch die Arbeitsbevölkerung, deren Interessen im Bezirk aufgrund des Wahlrechts ungenügend beachtet werden. So gaben bei der Bezirksvertretungswahl 2015 in der Innere Stadt knapp 9.000 BewohnerInnen ihre Stimme ab, im ersten Bezirk gibt es allerdings rund 13mal so viele Beschäftigte, nämlich rund 115.000, die dort nicht wählen dürfen aber von den politischen Entscheidungen im Bezirk täglich betroffen sind.

Vor diesem und anderen strukturellen Hintergründen sind die AutorInnen im Auftrag der AK Wien der Frage nachgegangen, ob die bestehenden Organisationseinheiten der wachsenden Stadt geeignet sind,

- die Herausforderungen des Wachstums sozialverträglich zu bewältigen,
- sicherzustellen, dass dabei die verschiedenen Aufgaben- und Verantwortungsbereiche in der Stadtentwicklung zueinander passen,
- Maßnahmen von gesamtstädtischer Bedeutung auch zentral entscheiden zu können und gleichzeitig strukturelle Unterschiede der verschiedenen Stadtteile und Bezirke ausreichend zu berücksichtigen,
- gesamtstädtisches öffentliches Interesse und lokale Befindlichkeiten in Einklang zu bringen.

Die Studie ist ein erster Beitrag der AK zu einem zu führenden Diskussionsprozesses, der die Handlungsfähigkeit der wachsenden Stadt für ihre ArbeitnehmerInnen und BewohnerInnen stärken soll.

Thomas Ritt

Wien, April 2016